

## Griechenland: Banken und Spekulanten zur Kasse!

Millionen Menschen sind von der Finanzkrise und der damit einhergehenden Wirtschaftskrise betroffen. Ursache dafür ist eine Politik, die der Mehrheit der Menschen schadet und nur wenigen nützt. DIE LINKE fordert, die Krise nicht nur sozial gerecht zu überwinden, sondern die Bedingungen so zu verändern, dass es keine Wiederholung gibt.

### Bundesregierung lässt Spekulanten laufen

Union und FDP wollen nicht Griechenland retten, sondern die Besitzer griechischer Staatsanleihen. Drei Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise agiert die Zockerökonomie hemmungsloser denn je. Hedgefonds verdienen wieder Milliarden, Banken legen hochriskante Papiere auf und wetten zugleich auf ihren Absturz. Private Ratingagenturen stehen ihnen tatkräftig zur Seite, Griechenland, Spanien, Portugal und Irland in den Bankrott zu treiben.

### Banken und Spekulanten sollen für Griechenland zahlen

DIE LINKE will schnelle Hilfe für Griechenland, aber nicht auf Kosten der Menschen in Griechenland und Deutschland. Banken dürfen sich nicht länger auf Kosten der Bevölkerung bereichern. Bezahlen müssen die, die mit ihrer hemmungslosen Gier die Krise verursacht haben. Die Schwindelgeschäfte mit Leerverkäufen und Wetten auf Kreditausfälle müssen verboten werden. Die Spekulanten und Vermögenden sollen endlich zahlen, durch eine echte Bankenabgabe, eine Finanztransaktions- und eine Millionärsteuer.

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

## Lohndumping bekämpfen, Mindestlohn einführen!

Der Finanzmarkt-Kapitalismus hat die Arbeitswelt nachhaltig verändert. Die auf kurzfristige Steigerung von Gewinn und Aktienkurs ausgerichteten Unternehmensstrategien haben zu einer weitgehenden Deregulierung des Arbeitsmarktes geführt. Prekäre Arbeit und massives Lohndumping haben auch der griechischen Wettbewerbsfähigkeit massiv geschadet.

### Regierungen von SPD, Grünen, CDU, CSU und FDP schuldig

Prekäre Beschäftigungsformen wie Minijobs und Leiharbeit wurden ausgebaut, Befristungen von Arbeitsverhältnissen erleichtert und der Kündigungsschutz abgebaut. Erwerbslose werden durch die Androhung von Leistungskürzungen gezwungen, auch Arbeitsverhältnisse zu schlechten Bedingungen anzunehmen. Nahezu jede Arbeit gilt als zumutbar. Auch die verkürzte Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld I und der viel zu niedrige Hartz IV-Regelsatz dienen dem Ziel, den Druck auf Erwerbslose und Beschäftigte zu erhöhen.

### Mindestlohn macht Schluss mit Armut trotz Arbeit

DIE LINKE fordert die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro pro Stunde, eine strikte Begrenzung von Leiharbeit bei gleichem Lohn für gleiche Arbeit, die Umwandlung von Minijobs in reguläre Beschäftigungsverhältnisse, die Verkürzung der Arbeitszeit, eine längere Auszahlung des Arbeitslosengeldes I sowie eine Anhebung der Hartz IV-Regelsätze auf 500 Euro.

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G